

WASSENBERG |(back) Der Gedanke ist grundsätzlich nicht schlecht, aber die Frage steht im Raum, was mit der Rechtssicherheit ist. Und diese ist nicht gegeben – sagte die Wassenberger Stadtverwaltung in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses.



RP

Mehr davon? Lesen Sie jetzt die digitale Zeitung 4 Wochen gratis.

Der FDP-Ortsverein Wassenberg hatte einen Antrag bzw. eine Anregung vorgelegt, in dem es darum ging, an oder in der Verwaltung eine Dokumentenausgabebox aufzustellen. Das Ziel: den Bürgerservice zu verbessern, die Arbeitsabläufe in der Verwaltung zu optimieren. Die Bürgerinnen und Bürger hätten so die Möglichkeit, unabhängig von den Öffnungszeiten des Rathauses beispielsweise den neuen Personalausweis abzuholen. Die Freien Demokraten hatten in diesem Zusammenhang auch an ein Sicherheitsverfahren gedacht und schlugen E-Mail-Adresse, Fingerabdruck, QR-Code, Handynummer oder Pin-Code vor.

Die Verwaltung und auch Bürgermeister Marcel Maurer erklärten, „das Anliegen und das Ziel, den Bürgerservice zu stärken, hierdurch zugleich freie Kapazitäten für Mitarbeitende zu schaffen und die Prozesse zur Dokumentenausgabe zu optimieren“, ausdrücklich zu begrüßen. Eine Verbesserung bisheriger Prozesse im täglichen Ablauf der Verwaltungsarbeit steht man im Rathaus offen gegenüber. Das Problem dabei: Der Bürgerservice ist in seiner bisherigen Form an die Vorgaben des Melderechts und in der Folge die Prozesse der Bundesdruckerei ausgerichtet, erläuterte Maurer, der hinterherschickte, dass bestimmte Rechtsfragen noch nicht abschließend geklärt seien. Die Verwaltung könne so also nicht abschätzen, wie und ob eine Zustellung der Dokumente nachvollziehbar bzw. rechts- und manipulationssicher erfolgen kann. Entscheidende Stichworte dabei sind auch Haftung, Gewährleistung oder auch die Vernichtung alter Ausweisdokumente, die nicht mehr benötigt werden. Wie es aus dem Wassenberger Rathaus weiter heißt, sei eine Beschaffung der nötigen technischen Voraussetzungen nicht das Problem, „der Einsatz ist jedoch noch nicht zertifiziert und erfolgt daher auf eigenes Risiko“, erläutert die Verwaltung weiter. Hinzu kommen die Kosten, die punktgenau nicht kalkuliert werden können, wobei die Verwaltung von einer fünfstelligen Summe ausgeht. Im laufenden Haushalt der Stadt Wassenberg ist dazu ohnehin kein Geld eingeplant.

Obwohl der Antrag bzw. die Anregung abgelehnt wurde, sagte Bürgermeister Marcel Maurer den Freien Demokraten zu, die Entwicklung laufend zu prüfen und über den Sachstand im Fachausschuss zu berichten. Stadtverordnete Susanne Beckers (FDP) zeigte sich damit einverstanden.